

Handelsteil der

Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie

Zugleich:

Wochenschrift für Spinnerei und Weberei.
Begründet 1884 in LEIPZIG.

Handelsblatt für die gesamte Textil-Branche.

Allgemeine Zeitschrift für die Textil-Industrie
vormals „Die Textil-Zeitung“.

Fachzeitschrift für die Woll-, Baumwoll-, Seiden-, Leinen-, Hanf- und Jute-Industrie, für den Garn- und Manufakturwarenhandel, sowie die Tuch- und Konfektionsbranche.

Nachdruck, soweit nicht untersagt, nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Organ der Sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft.

Organ der Vereinigung Sächsischer Spinnerei-Besitzer.

Organ der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft.

Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Verlag:
LEIPZIG, Dörrienstraße 9.

Herausgegeben von Theodor Martins Textilverlag in Leipzig.

Fernsprech-Anschluß: Nr. 1058.
Telegramm-Adresse: Textilschrift Leipzig.

Diese Wochenberichte erscheinen jeden Mittwoch und bilden den Handelsteil der „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“. — Der Preis für die „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“ mit den vierteljährlich erscheinenden „Sonder-Nummern“ und den Beiläutern: Muster-Zeitung und Mitteilungen aus und für Textil-Berufsgenossenschaften beträgt für Deutschland und Österreich-Ungarn pro Halbjahr Mk. 8.—, für die übrigen Länder pro Halbjahr Mk. 12.50. Die „Wochenberichte“ können zum halbjährlichen Preise von Mk. 7.— für Deutschland u. Österreich-Ungarn, für die übrigen Länder zum halbjährlichen Preise von Mk. 10.— bezogen werden. In der

deutschen Post-Zeitungspreislste sind die Monatschrift nebst Beiläutern (auf Seite 208) unter „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“, die Wochenberichte (auf Seite 309) unter dem Titel „Wochenberichte der Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“ eingetragen. Die Bezugs-Gebühren sind im voraus zahlbar. Wenn ein Bezug spätestens einen Monat vor Schluß des Halbjahres nicht gekündigt wird, gilt derselbe als fortbestehend. — Die Insertions-Gebühren betragen pro Petitzeile (zirka 3 mm hoch und 54 mm breit) oder deren Raum 70 Pfennig. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Beilagen nach feststehendem Tarif.

Adresse für sämtliche Zuschriften und Geldsendungen: Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie, Leipzig, Dörrienstr. 9.

Die sächsische Industrie und die wirtschaftlichen Tagesfragen.

Der Verband Sächsischer Industrieller trat, wie bereits kurz gemeldet, am 12. Mai zu seiner aus allen Teilen Sachsens sehr stark besuchten 15. ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Otto Moras, i. Fa. Wagner & Moras-Zittau, widmete dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Geh. Kommerzienrat Lehmann-Dresden, warme Worte des Dankes und der Anerkennung für seine mehr als 10jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes. Er schilderte dann die tiefe Erschütterung und Empörung, die die uns von unseren Gegnern auferlegten erdrückenden Friedensbedingungen in den Kreisen der Industrie ausgelöst haben und wies auf die vernichtenden Folgen hin, die ein solcher Friede für das deutsche Wirtschaftsleben haben müsse.

Als dann erstattete der Syndikus des Verbandes, Herr Dr. Johannes März, den Geschäftsbericht, aus dem kurz das Folgende hervorgehoben sei: Zu den wichtigsten Aufgaben gehörte die Tätigkeit des Verbandes gegenüber den Kriegsgesellschaften. Weiter nahm der Verband Stellung gegen die geplante Zwangssyndizierung weitester Industriekreise. Ganz besonders trat der Verband für eine der Bedeutung und Leistungsfähigkeit der sächsischen Industrie entsprechenden Beteiligung Sachsens an den Heeresaufträgen ein. — Die Verkehrsschwierigkeiten, die Schwierigkeiten in der Bewirtschaftung der Rohstoffe, der Kohlenversorgung, der Treibriemenbewirtschaftung erforderten die Vermittlung und das Eingreifen des Verbandes zur Wahrung der Interessen der sächsischen Industrie. Der Frage der Stilllegung und Zusammenlegung von Betrieben hat der Verband seine höchste Aufmerksamkeit gewidmet, und es ist ihm in vielen Fällen gelungen, offenkundige Unbilligkeiten und Härten für die Industrie auszugleichen und gegen die schematische Ausdehnung dieser Maßnahmen auf eine größere Anzahl von Industriezweigen sich erfolgreich zu wenden. — Auf dem Gebiet der Kriegsteuergesetzgebung ist der Verband einmal in der Übermittlung der Wünsche der Industrie durch Eingaben an die maßgebenden Stellen, dann aber auch durch Auskunftserteilung über die unübersichtliche und sehr komplizierte Gesetzgebung tätig gewesen. In handelspolitischer Hinsicht bewegte sich seine Tätigkeit in der Richtung des Kampfes gegen die Beschränkung und Verzögerung der Aus- und Einfuhr durch die hierzu geschaffenen Kriegsorganisationen. Auf diesem Arbeitsgebiet hat namentlich das Berliner Büro des Verbandes versucht, der mit tausend Schwierigkeiten kämpfenden Exportindustrie zu dienen. — Ein ungemein reichhaltiges Arbeitsgebiet boten dem Verband auch die Arbeiterfragen, insbesondere die Schaffung von Arbeits- resp. Arbeiterkammern, die Unterbringung von Kriegsverletzten in den Betrieben, die Unterstützung von Werkstätten für Kriegsverletzte, die Versorgung der Schwerarbeiter mit Zusatzlebensmitteln, die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes und die Abwanderung von Facharbeitern aus den sächsischen Exportindustrien. — In der wichtigen Frage der Verlängerung der Patentdauer nahm der Verband wiederholt Stellung und forderte, daß eine Verlängerung der Patentdauer auf Antrag und nach Prüfung des allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnisses stattfinde.

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches war der Verband sofort bestrebt, vor allem die Fortführung der Produktion zu sichern durch Fühlungnahme mit den Volksbeauftragten. Der Verband glaubt dies auch besonders durch Bildung und Beitritt von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden zu erzielen, die zunächst in der Metallindustrie, später auch in der Textilindustrie begründet wurden. Die größte Zahl der zum Teil vollkommen überstürzten sozialpolitischen Verordnungen, wie z. B. die Verordnungen des 8-Stunden-Arbeitstages, boten dem Verband ein umfangreiches Tätigkeitsgebiet, um seine Mitglieder zu unterrichten und es ihnen zu erleichtern, sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten. Auch führte der Verband bald nach der Revolution eine Besprechung mit dem Rat der Volksbeauftragten in Sachsen herbei, um die Regierung über die Schwierigkeiten der Lage der Industrie zu unterrichten und ihre Wünsche und Beschwerden darlegen zu können.

Der Verband hat ganz besonders Stellung genommen zu der Frage der

Sozialisierung

unseres Wirtschaftslebens und hat es für eine seiner wichtigsten Aufgaben gehalten, eine umfassende Aufklärungstätigkeit über diese Fragen zu veranstalten. Durch Flugschriften und durch öffentliche Vorträge hat er versucht darzulegen und weiteste Volksschichten zu überzeugen, welche Gefahren

unserem deutschen Wirtschaftsleben drohen, wenn, da es auf anderem Wege nicht möglich ist, gewaltsam sozialisiert werden sollte. — In vielfachen Kundgebungen hat der Verband besonders auch gegen die Sozialisierungspläne der Herren Dr. Neurath, Kranold und Genossen Stellung genommen, und auch das System Goßweiler, das in der Einrichtung von Produktionsführungen den Stein der Weisen für die Lösung der Sozialisierungsfrage sieht, hat den Verband beschäftigt. Der Verband hat aber bisher eine endgültige Stellung hierzu noch nicht einnehmen können, da nach den bisher erfolgten Veröffentlichungen ein klares Bild, was das System Goßweiler eigentlich will, und wie es sich die Durchführung seiner übrigen durchaus nicht neuen Organisationsvorschläge im einzelnen denkt, nicht zu gewinnen war.

Ein großes Feld der Tätigkeit des Verbandes war die

Steuergesetzgebung

im neuen Deutschen Reiche. Der Verband hat zu den vorliegenden Entwürfen Stellung genommen und seine Stellungnahme öffentlich bekanntgegeben. Er hat dabei den Standpunkt vertreten, daß selbstverständlich auch die Industrie die Lasten auf sich nehmen muß, die aus dem verlorenen Kriege erwachsen, daß es aber die erste Sorge des Steuergesetzgebers sein müsse, die Betriebe kapitalkräftig und damit leistungsfähig zu erhalten. Am Schlusse seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Geschäftsberichtes gedachte Herr Dr. März der Verdienste des aus der Geschäftsführung des Verbandes ausgeschiedenen Herrn Dr. Stresemann, dessen wertvolle Mitarbeit dem Verbands auch künftig infolge der Wahl Dr. Stresemanns in den Vorstand des Verbandes erhalten bleibe.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht nahm die Versammlung einstimmig nachstehende

Entschließung

an: „Die Vorlage 8 der sächsischen Regierung an die Volkskammer bringt einen Nachtrag zum Etat 1918/19 mit einem Nachtrag zum Finanzgesetz, in welchem ein neuer Einkommensteuertarif festgesetzt ist, mit einer Progression bis 42 1/2% Steuer vom Einkommen bei juristischen Personen, d. h. Aktiengesellschaften etc. und bis 35% bei physischen Personen. Die Gemeinden haben bisher zu den Staatseinkommensteuern noch wesentliche Zuschläge erhoben, aber selbst wenn die Gemeinden sich mit dem Staatstarif begnügen, ergibt die Steuer für Staat und Gemeinde bei Aktiengesellschaften 85%, bei physischen Personen 70% vom Einkommen. Dazu kommen die Ergänzungssteuer mit 300% Zuschlag und dann die vielen Reichssteuern: Mehrgewinnsteuer, Kriegsabgabe vom Vermögen, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalertragssteuer usw., so daß die gesamten Steuern in vielen Fällen sich weit höher belaufen, als das ganze Vermögen des Steuerpflichtigen. Gegen derartige Übersteuerung, welche das Wirtschaftsleben auflöst und Arbeiter und Angestellte beschäftigungslos macht und in naher Zukunft die Steuerquellen völlig versiegen läßt, erhebt der Verband Sächsischer Industrieller schärfsten Protest. Nur die Förderung des Wirtschaftslebens kann eine Gesundung der Reichs- und Staatsfinanzen bei sparsamer Staatswirtschaft bringen, ohne ein blühendes Wirtschaftsleben ist aber ein Fortbestand von Reich und Staat undenkbar.“

Hierauf hielt der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Syndikus Dr. Rudolf Schneider, einen von den Mitgliedern mit großer Zustimmung aufgenommenen Vortrag über

„Rätesystem, Sozialisierung und Zwangswirtschaft“.

Im Anschluß an diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag gelangte nachstehende

Entschließung

zur Annahme:

„Der Verband Sächsischer Industrieller steht auf dem Standpunkt, daß die geplante Einführung von Betriebsräten eine unheilvolle Schädigung des Wirtschaftslebens herbeiführen wird, und hält es für seine Pflicht, dies in letzter Stunde zu erklären. Sollte das Gesetz der Industrie trotzdem aufgezwungen werden, so ist unbedingt folgendes zu erfordern:

1. Die Leitung der Betriebe muß ungeschmälert bleiben.
2. Den Betriebsräten ist Einsicht in die wirtschaftlichen Vorgänge des Betriebes nur insoweit zu gewähren, als es sich ausschließlich um genau umgrenzte technische Vorgänge der Produktion und insbesondere um Lohnverhältnisse sowie die Art der Herstellung handelt.